

# Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Strudagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr. 33

Sonnabend, den 16. März 1929

42. Jahrgang

## Leere Reichskassen.

### Der neue Reichshaushalt im Zeichen der großen Reparationslast.

Bei vollendetem Hause und in Abwesenheit fast aller Kabinettsmitglieder trat der Reichstag gestern mittag nach vierstündiger Pause zur Beratung des Reichshaushaltsplanes zusammen. Vorher hatten die Fraktionen zu dem Etat Stellung genommen, doch sind, wie festgestellt wurde, die Meinungen auch heute noch sehr weit auseinandergehend.

### Reichsfinanzminister Dr. Hilsferding

nahm sofort das Wort. Er wurde von den Kommunisten mit dem Rufe begrüßt: „Dr. Eisenbart!“ Die Hauptaufgabe bei der Aufstellung des Etats für 1929 liege darin, die in der Reichsrechnung über die finanzielle Lage des Reiches zu schaffen. Es sei zwar gelungen, das Defizit des außerordentlichen Haushalts von rund 1 Milliarde durch Verwendung von Ueberüberschüssen des ordentlichen Etats, Auflösung des Betriebsmittelsfonds usw. zu senken. Er betrage aber noch immer 738 Millionen. Bei der Lage des Kapitalmarktes sei es in absehbarer Zeit nicht möglich, dieses Defizit durch langfristige Anleihen zu decken. Unabsehbar sei auch der Vorstoß, dem Reich durch den Verkauf von Vermögenswerten der Reichsbahn die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen.

Diese Lage des außerordentlichen Etats, so erklärte der Minister, ist der Schlüssel zum Verständnis für die schwerere Kassenlage, in der sich das Reich befindet. In den letzten Monaten hat sich die Kassenlage besonders verschlechtert, nicht zuletzt wegen der großen Arbeitslosigkeit. Die Situation ist hoffnungslos ernst.

Aber es gehört schon ein besonderes Maß verantwortungsvoller Umsicht und völliger Unparteilichkeit dazu, sich an die Wand zu malen. Es handelt sich nicht um einen Schuldenschnitt des Reiches, sondern nur um einen vorübergehenden Mangel an Kassenmitteln. Der Minister erklärte, daß es unter diesen Umständen kein Schicksal war, den außerordentlichen Haushalt möglichst klein zu halten. Das sei gelungen. Außerdem habe er gesetzliche Maßnahmen vorgeschlagen, um in Zukunft zu verhindern, daß über den außerordentlichen Haushalt hinaus Ausgaben ohne tatsächliche Deckung vorgenommen würden.

Der Minister ging dann zum ordentlichen Haushalt über, der mehr als jeder vorhergehende im Zeichen der Reparationslast stehe.

Angesichts der harter Verhandlungen könne er auf die Reparationsfrage nicht eingehen. Die Regierung werde sich den vollen Ernst einer freiwillig geleisteten Unterwerfung für die Zukunft des Volkes vor Augen halten, wenn es gelte, über das Ergebnis der Sachverständigenkommission zu entscheiden. Der Minister betonte die Wichtigkeit, das Gleichgewicht im Haushalt aufrechtzuerhalten. Ein Betrag von über 600 Millionen müßte bei der Aufstellung des Etats gedeckt werden. Ein Defizit habe er unter allen Umständen vermeiden wollen.

Es blieben nur Streichungen, Kürzungen der Ueberverwaltungs- und Steuererhebungen übrig. Steuererhebungen könnten dabei aber nur als letztes Mittel in Betracht kommen. Es müßte daher in erster Linie der Weg der Sparmaßnahme beschritten werden. Die Regierung, so erklärte der Minister, sei grundsätzlich bereit, weitere Streichungen zu unternehmen. Zunächst liege für diese Streichungen ein geringerer Spielraum vor, als in der Defizitfrage angenommen werde. Der Minister bekräftigte dann die Deckungsverlegenheiten.

Die Kürzung der Steuererhebungen der Länder und Gemeinden sei angesichts des Jammers der Reparationslasten gerechtfertigt. Sie sei auch erträglich, weil den Ländern und Gemeinden eine Gesamtumlage bleibe, die die Sollüberweisungen von 1928 nicht übersteige. Trotz dieser Kürzung und der Höherhebung der Steuererträge seien Steuererhebungen von insgesamt 370 Millionen erforderlich. Das Schwerkriegslohn solle auf die Alkoholsteuern gelegt werden, das deutsche Steuergebiet in diesem Punkte einen Mangel aufweise. England beispielsweise erhebe vom Brennwein das Vierfache, was hier zwar das Fünftel der deutschen Steuern. Der Minister betonte, daß er die gegen die Steuererhebungen geltend gemachten Gründe nicht verkenne. Es komme aber vor allem darauf an, sich nicht den Weg für eine künftige Steuererlastung zu verbarren. Das würde geschehen, wenn man jetzt den Ausweg durch Abschaffung der Steuern oder sonstige unzulässige Deckungsmittel finden wollte.

Diese künftige Reform müsse vor allem auf die Befreiung der Zuckersteuer und die Wiedereinrichtung der direkten Steuern gerichtet sein.

Der Minister erinnerte an die von den Ländern geltend gemachten Ansprüche gegen das Reich. Wenn es zu einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes komme, so würde wahrscheinlich weitgehende Eingriffe in den Haushalt von Reich und Ländern die Folge sein. Deshalb halte es die Reichsregierung für richtig, den Versuch zu machen, die Frage im Wege des Ausgleichs mit den Ländern zu lösen. Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß die verbriefte Einbringung des Etats eine Folge der innerpolitischen Reichslage sei. Die Erwartung, daß es gelingen würde, eine feste Regierung damit zu schaffen, habe sich nicht erfüllt.

Nach der von der Mehrheit mit Beifall aufgenommenen Ministerrede begründete Abgeordneter Dr. Fried (Nat.-Soz.) unter Värm und Gelächter der Unten einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister. Sauerling wegen der jüngsten Vorfälle in Wädern und anderer Bluttaten gegen Stahlhelm und Nationalsozialisten.

### Die Aussprache.

In der allgemeinen Aussprache, die nach einer Mitteilung des Reichstages am Montag beendet worden soll, nahm als erster Redner

### Abgeordneter Dr. Berg (Soz.)

das Wort. Er wies darauf hin, daß im vorigen Jahre Dr. Hilsferding als Oppositionsredner schon vorausgelegt habe, welche schlimme Erbschaft der nächste Finanzminister übernehmen müsse. Die schreckliche Finanzlage sei nicht durch die jetzige Regierung, sondern durch die Vorgängerin, die Sozialdemokratie herbeigeführt worden, sondern schon seit 1926 schleppte das Reich ein beträchtliches Defizit mit sich herum. Mit dem Minister seien auch die Sozialdemokraten gegen jeden offenen oder versteckten Defizit-Etat. Sie sehten beschränkt auf solche Mittel ab, die nur eine Schindendeckung bringen würden, wie die Veräußerung von Vermögenswerten der Reichsbahn. Der Redner beschloß sich dann eingehend mit der Denkschrift des Hanjebundes, deren Streichungsvorschläge er ablehnte. Geplant werden müsse an dem großen Verwaltungsauswuchs. Die endgültige Stellungnahme zu der Ministerien behalten wir uns noch vor, da gewiß immer Bedenken gegen ihre Erhöhung bestehen. Bei den Besteuerungen müssen größere Erträge erzielt werden. Der Redner fragte, wie die Deutsche Volkspartei, die zwei Minister in der Regierung habe, von dem verantwortungsvollen Finanzpolitiker der Reichsbank nicht leben könne und keine so unzureichender und überleiteter Versuch zur Lösung des Finanzausgleichs zu Gunsten des Reiches zu erlassen lie. Die vorgeschlagenen Steuererhebungen würden von keiner Partei allgemein rühmendlich abgelehnt. Die Gesamtumlage in Deutschland sei nicht mehr leistungsfähig. Die Entziehung von Finanzmitteln leitens der öffentlichen Verwaltungen habe in den letzten Jahren bis zu 38 Prozent des Volkseinkommens betragen. (Hört! Hört! rechts). Der Redner forderte mehrfache Ausgabenentlastung. Die größte Ausgabe, die die Deutsche Volkspartei nicht zu vollbringen haben werde, bestehe darin, daß sich einseitig vorlesen sei werden und überleiteter Versuch zur Lösung des Finanzausgleichs zu Gunsten des Reiches zu erlassen lie. Die vorgeschlagenen Steuererhebungen würden von keiner Partei allgemein rühmendlich abgelehnt. Die Gesamtumlage in Deutschland sei nicht mehr leistungsfähig. Die Entziehung von Finanzmitteln leitens der öffentlichen Verwaltungen habe in den letzten Jahren bis zu 38 Prozent des Volkseinkommens betragen. (Hört! Hört! rechts). Der Redner forderte mehrfache Ausgabenentlastung. Die größte Ausgabe, die die Deutsche Volkspartei nicht zu vollbringen haben werde, bestehe darin, daß sich einseitig vorlesen sei werden und überleiteter Versuch zur Lösung des Finanzausgleichs zu Gunsten des Reiches zu erlassen lie.

### Abgeordneter Dr. Oberhausen (Nat.)

erklärte, die diesmalige Einbringung des Etats bilde nicht nur formell und zeitlich, sondern auch politisch eine Vorkriegsleistung der gegenwärtigen Reichsregierung. Das Aktionsunfähigkeit der Regierung habe einen Grad erreicht, der kaum noch überboten werden könne. Der Redner äußerte sich dann zu den einzelnen Vorlagen und wandte sich gegen die Kürzung der Ueberverwaltungs an die Länder und Gemeinden, weil darin nur ein völlig unzureichender und überleiteter Versuch zur Lösung des Finanzausgleichs zu Gunsten des Reiches zu erlassen lie. Die vorgeschlagenen Steuererhebungen würden von keiner Partei allgemein rühmendlich abgelehnt. Die Gesamtumlage in Deutschland sei nicht mehr leistungsfähig. Die Entziehung von Finanzmitteln leitens der öffentlichen Verwaltungen habe in den letzten Jahren bis zu 38 Prozent des Volkseinkommens betragen. (Hört! Hört! rechts). Der Redner forderte mehrfache Ausgabenentlastung. Die größte Ausgabe, die die Deutsche Volkspartei nicht zu vollbringen haben werde, bestehe darin, daß sich einseitig vorlesen sei werden und überleiteter Versuch zur Lösung des Finanzausgleichs zu Gunsten des Reiches zu erlassen lie.

### Antrag zum Bundesbudgetgesetz.

Dem Wohnungsausgleich des Reichstages wurde am Donnerstag ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Reichspartei zur Gegenüberlegung vorgelegt. Danach soll dieses Gesetz dahin geändert werden, daß der Reichsarbeitseinstellung ermächtigt wird, vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1932 für Darlehen an die Bau- und Wohnbau-Bürgschaften insoweit zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag der jeweils bestehenden Bürgschaftsverpflichtungen den Gegenwert von 250 Millionen nicht übersteigt.

## 10. Januar Räumung der zweiten Zone.

### Erklärungen Chamberlains im Unterhaus.

London, 14. März.

Der englische Außenminister erklärte im englischen Unterhaus auf eine Anfrage, daß in Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag die Räumung der zweiten Zone in Rheinland-Jonne am 10. Januar 1929 erfolgt sei. Die Voraussetzung sei allerdings, daß Deutschland keine Verpflichtungen erhalte, doch sei nach den bisherigen Erfahrungen daran nicht zu zweifeln.

Die Erklärung Chamberlains lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf die Räumungsfrage, deren Vereinnahmung bekanntlich nach dem berühmten Genfer Communiqué vom September „abdriftig“ stattfinden sollte. Inzwischen ist es aber sehr still barum geworden, und langsam und leise kommt die Betretungsfrage für das Koblenzer Gebiet ganz von selbst heran.

## Die Kulturschande farbiger Befassung.

### Neue Rohheitsakte im Rheinland.

Nach einer Meldung aus Trier wurde wieder in den Rheinlanden ein junger Mann, der eine Dame nach Hause begleitete, von zwei marokkanischen Befassungssoldaten mit dem Seitengewehr bedroht. Nur schnelle Flucht konnte die jungen Leute aus der Gewalt der farbigen Unholde befreien.

Weiter wurden in der Gegend von Stieringen zwei polnische Bergleute von sechs Algeriern überfallen und beraubt. Drei der Räuber konnten bereits festgenommen werden.

In Meck wurde eine 68 Jahre alte Witwe von dem rüchigen Burken des bei ihr wohnenden Offiziers ermordet und grauam verheimlicht.

## Das Soldatenserven im Rheinland.

### Bericht der Untersuchungskommission.

Paris, 14. März.

Die Pariser Kammer befaßte sich mit einem Bericht der Untersuchungskommission über das Verhalten der innershalb der französischen Befassung im Rheinland. Dabei wurde festgestellt, daß seit der großen Kälte 273 Todesfälle durch Grippe verzeichnet worden sind.

Ferner wird über skandalöse Zustände in der Verpflegung der Kranken und über die fast an Graubliche berückel. Gegen verschiedene Militärs wurden Strafverfahren eingeleitet. Man glaubt, daß der Untersuchungskommission noch manche skandalösen Zustände verheimlicht worden sind. Es hat sich ein Kreis von Offizieren gebildet, deren Söhne der französischen Befassungsmann angehören, um gegen die Regierung vorzugehen.

## Der Eideschwur abgelehnt.

### Nur der westliche Rhein und die westlich falsche Befestigung werden mit Zustimmung befreit.

Berlin, 14. März.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm gestern die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses an, nach denen der Eid zwar nicht abgelehnt, aber nirgendwo mehr zwingend vorgeschrieben wird. Die Annahme der verschiedenen Urträge erfolgte mit wechselnden Mehrheiten.

Ueber die Urträge führte der Berichterstatter Eminger vor der Befestigungsausschuss, daß die Frage des Parteieides oder der eidlichen Vereinnahmung der Parteien im Zivilprozeß erst bei dem Einführungsgesetz entschieden werde. Die einzelnen Urträge bestimmen in der Hauptsache folgendes: Im Strafprozeß kann das Gericht zwar die Befestigung des Zeugen beschließen, aber nur, wenn es der Aussage ausschlaggebende Bedeutung für die Urteilsfindung beizumessen und wenn es der Auffassung ist, daß bei Würdigung der Sachlage Befestigung

### als einziges Mittel der Wahrheitsforschung

nicht entbehrt werden kann. Für die anderen Fälle, wo bisher beibehalten wurde, ist die nichteidliche Befestigung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben vorzuziehen. Aber auch diese ist gegenüber der bisherigen Eidesabnahme wesentlich eingeschränkt. Die Befestigung hat nicht nur zu unterbleiben bei Leuten unter 16 Jahren oder wegen Verstandeschwäche oder mangelnder Betandestelle bei Personen, die als Täter, Teilnehmer, Beihilfer oder Helfer verdächtigt sind oder bereits abgeurteilt sind, sondern auch, wenn das Gericht und Beistellte darauf verzichten.

### Die Befestigung

hat auch zu unterbleiben, wenn die Aussage nach der Ueberzeugung aller Mitglieder des Gerichts unerschütterlich ist. Die Befestigung kann unterbleiben in einem Strafverfahren, das ausschließlich eine Uebertretung betrifft, oder in einem anderen Verfahren, wenn die Aussage nach der Ueberzeugung aller Mitglieder des Gerichts offenbar ungläubwürdig ist. Abdriftigkeit und dolus eventualis sind nach den Beschlüssen des Untersuchungsausschusses abgelehnt. Die Mindeststrafe für vorwiegend falsche Befestigung ist drei Monate Gefängnis vorbehaltlich besonderer Milderungsgründe des allgemeinen Teils, die Höchststrafe in besonders schweren Fällen Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren. Ist die Aussage nur in einem bedeutungslosen Punkte unwirksam oder unvollständig, so kann das Gericht die Strafe nach Ermessen mildernd oder von Strafe absehen. Soweit eine Aussage bestritten wird, ist sie wörtlich in das Protokoll aufzunehmen.

### Die Strafe für willkürlichen Meineid ist Zuchthaus

bis zu fünf Jahren, in besonders schweren Fällen Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

## Demokratische Einladung an Stresemann.

### Zum Uebertritt in die demokratische Partei.

Berlin, 14. März.

Eine Berliner Zeitung brachte gestern einen Artikel unter der Ueberschrift „Macht Platz für Stresemann!“, der dem Platz von Friedrich der demokratischen Partei abzugeben ist und der allgemeinen Auffassung entspricht. In dem Artikel wird im Verlauf längerer Betrachtungen ausgeführt, daß Dr. Stresemann von seinen Leuten in der Deutschen Volkspartei im Stich gelassen worden sei. Dr. Scholz und Gendel seien in der Partei fürchter als Dr. Stresemann, und darum müsse Stresemann die Konsequenzen ziehen. „Wie wohl, Deutsche Volkspartei!“

Der Schluß des Artikels lautet wörtlich: „Eine Tat tut nur, Herr Stresemann! Sie dürfen sich nicht zur förmlichen Figur in Ihrer Partei machen lassen. Klappen Sie jetzt nicht ein zweites Mal an die Türe, vor der sie 1918 standen. Diesmal wird Sie Ihnen aufstehen werden!“





**Bekanntmachung.**  
In der von der Stadt errichteten Wohnbaracke in der Feldstraße sind drei Wohnungen, bestehend aus: 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche, Kellerraum und Stall zu vermieten. Bei Inzugrundelegung der Herstellungs- und Unterhaltungskosten für die Wohnbaracke stellt sich die Miete für eine Wohnung auf 30 RM. Bewerber, die bereit und in der Lage sind, die vorstehend genannte Miete zu zahlen, werden gebeten, dies umgehend im Magistratsbüro anzumelden. Die bisher bereits gestellten Anträge sind zu wiederholen.

Nebra, den 15. März 1929.

Der Magistrat. Stattdamm.

**Gasthaus Grosswangen**  
Sonntag, den 17. März, von nachm. 2<sup>1/2</sup> Uhr ab:  
**Preisskat**  
Um rege Beteiligung bitte Bruno Stops.



**BLEYLE'S**  
**Kinderkleidung**  
befriedigt auch den vornehmen Geschmack, ist überaus haltbar und leicht instand zu halten  
— Verlangen Sie kostenlos Katalog —  
Alle gangbaren Formen und in allen Grössen und Farben am Lager  
Alleinverkauf in Naumburg:  
**J. Eternach**  
Naumburg • Gr. Wenzelsstr. 36

Nicht zu junges, nur gut-empfohlenes  
**Kausmädchen**  
sofort oder 1. April gesucht.  
Werbung. m. Zeugnissen an  
**Pfarrhaus Neumark**  
bei Merseburg.

**Junges Mädchen**  
sucht Stellung im Haushalt. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

**Trockenwägel**  
**Stoffweber**  
empfecht  
**Otto Beier.**



Ihr neues Kleid  
ein Modell aus  
**Beyers**  
**Mode-Führer**  
(Bd. f. Damen, Preis 1.90, Bd. f. Kinder, Preis 1.20)  
Jeder Band mit Schnittbogen  
Alles zum Selbstarbeiten!  
Überall zu haben!  
BEYER-VERLAG / LEIPZIG T

**Drucksachen**  
für Handel, Gewerbe und Industrie  
fertig an  
Buchdruckerei W. Sauer  
Rossleben.

Lesen Sie die **„Berliner Morgen-Zeitung“**  
mit der illustrierten Wochenbeilage „Jede Woche Kultur“, aktuellen, vollständigen Leitartikeln, modernen Romanen und unterhaltenden und belehrenden Abteilungen.  
Jedermann in den Provinzialstädten und auf dem Lande sollte dieses Vergnügen. Nicht haben keinen Lebenslust lesen.  
An Wunsch zur Probe eine Woche gratis.  
ausgeschlossen Zustellung.  
Hier abtrennen, dann ausfüllen und der Post oder dem Briefträger übergeben.

**Post-Bestellschein.**  
Für nachbenannte Zeitschrift bestellt  
Herr - Frau \_\_\_\_\_

Exemplare	Benennung der Zeitungen usw.	Zeitraum	Betrag
1	„Berliner Morgen-Zeitung“	April 1929	1,70

**Quittung.**  
Obige \_\_\_\_\_ Mark sind heute richtig bezahlt.  
1929. Post-Annahme.

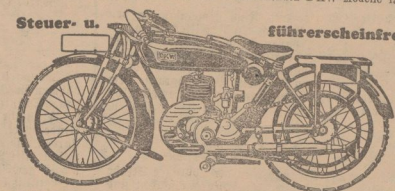
**Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof**  
Sonntag, den 17. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Heimkehr**  
Szenen:  
**Sonne auf Mazedonien.**  
Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

**Französisch**  
übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempelte  
**Le Traducteur**  
Französisch-deutsches Sprachlehr- u. Unterhaltungsblatt.  
Probennummer kostenlos durch den  
Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

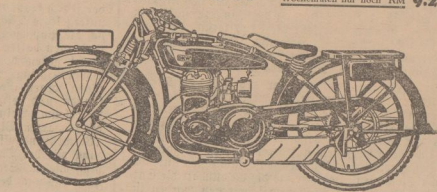
Zur Konfirmations- u. Osterbäckerei  
empfehle  
**sämtl. Backartikel**  
**Wwe. Meitz**

**PREIS-SENSATION**  
DKW E 200 ccm ab 1. März 1929 **638.-**  
Diese frohe Botschaft bildet den Schlussstein in der Beweisführung, warum für einen umsichtigen Käufer nur die berühmten DKW-Zweitakt-Motorräder der größten Motorradfabrik der Welt in Frage kommen können. Wenn Sie nun nach den heutigen Preisen noch erkennen, daß DKW trotz dieser Qualitätsvorteile bei weitem die billigsten Preise und günstigsten Ratenbedingungen bietet, dann kann Ihre Wahl nur auf eines der untenstehenden DKW-Modelle fallen:

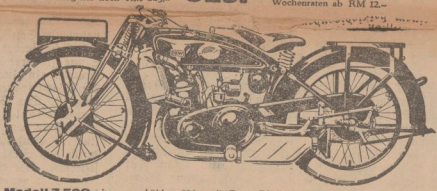
**Steuer- u. Führerscheinfrei!**



**Modell E 200**, steuer u. Führerscheinfrei, 200 ccm 4 Brems-PS erreicht in der Ebene ca. 70 km/h und nimmt auch im Gebirge selbst mit Stotus alle Steigungen. Wer die billigen Formalitäten u. Kosten zur Erreichung eines Führerscheins vermeiden will, wer seinen Motorrad sofort in den Frühling hineinsetzen will, für den kommt nur diese Type in Frage.  
Kassapreis ab Werk RM **638.-** Ratenkredit bis zu 15 Monaten.  
Anzahlung nur noch RM 168.- Wochenraten nur noch RM **9.25**



**Modell E 300** mit 300ccm 8 Brems-PS Motor, abnehmbarem Zylinderkopf, Dreilagengelenke, Kenn/Keine verstellbarer Lenkstange mit Stoss- und Steuerungsimpuls usw. Das moderne und preiswerte Motorrad der Mittelklasse, das mit Stotus eine Stundenleistung von ca. 80 km/h erreicht, und auch im Gebirge kaum geschaltet zu werden braucht.  
Kassapreis ab Werk RM **825.-** Ratenkredit bis zu 15 Monaten.  
Anzahlung nur noch RM 225.- Wochenraten ab RM 12.-



**Modell Z 500** mit wassergekühltem 500 ccm 14 Brems-PS Zweitakt-Zweitaktmotor, der seine Leistung bei jeder Kurbelwellenumdrehung wie ein Viertakt-Viertakt-Automotor zwei Explosionen bei jeder 2. Umdrehung. Hierdurch eignet sich dieses Motorrad in hervorragender Weise zum Antrieb von Seitenwagen, zur Beladung bis zu drei Personen. Geschwindigkeit 100 km/h.  
Kassapreis ab Werk RM **1285.-** Ratenkredit bis zu 15 Monaten.  
Anzahlung nur noch RM 310.- Wochenraten ab RM 18.75

Und nun kommen Sie schnellstens zum Vertreter von

**DKW**  
**Willy Becker**  
ROSSLEBEN Telefon 174

**Rheinweine zur Konfirmation**

1927er Lörzweiler . . .	Mk. 1.50
1927er Laubenheimer . . .	„ 1.60
1927er Beohthelmer . . .	„ 1.70
1927er Algesheimer . . .	„ 1.80
1926er Bischofsheimer . . .	„ 2.00
1926er Niersteiner . . .	„ 2.40

**R. Barthel**

**Photograph BACH**  
Reinsdorf b. Vitzsburg  
empfiehlt sich für  
**photograph. Aufnahmen**  
jeder Art.  
Komme auf Wunsch ins Haus. — Fernspr. Amt Nebra 197

# Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: W. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Albern.

Nr. 33

Sonnabend, den 16. März 1929

42. Jahrgang

## Leere Reichskassen.

Der neue Reichshaushalt im Zeichen der großen Reparationslast.  
Bei vollendetem Jahre und in Anwesenheit fast aller Kabinettsmitglieder trat der Reichstag gestern mittag nach vierzehntägiger Pause zur Beratung des Reichshaushaltplanes zusammen. Vorher hatten die Fraktionen zu dem Etat Stellung genommen, doch sind, wie festgestellt wurde, die Meinungen auch heute noch sehr weit auseinandergehend.

### Reichsfinanzminister Dr. Hisinger

nahm sofort das Wort. Er wurde von den Kommunisten mit dem Rufe begrüßt: „Dr. Eisenhart!“ Die Hauptaufgabe bei der Aufstellung des Etats für 1929 sei gewesen, die finanzielle Lage des Reiches zu klären. Es sei zwar gelungen, das Defizit des außerordentlichen Haushaltes von rund 1 Milliarde durch Verwendung von Ueberüberschüssen des ordentlichen Etats, Auflösung des Betriebsmittelfonds usw. zu senken. Er betrage aber noch immer 738 Millionen. Bei der Lage des Kapitalmarktes sei es in absehbarer Zeit nicht möglich, dieses Defizit durch langfristige Anleihen zu decken. Unbrauchbar sei auch der Vorschlag, dem Reich durch den Verkauf von Wertpapieren der Reichsbank die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen.

Diese Lage des außerordentlichen Etats, so erklärte der Minister, ist der Schlüssel zum Verständnis für die schwierige Rententage, in der sich das Reich befindet. In den letzten Monaten hat sich die Rententage besonders verschlechtert, nicht zuletzt wegen der großen Reichslosigkeit. Die Situation ist zweifellos ernst.

Aber es gehört schon ein besonderes Maß verantwortungsvoller Risikofähigkeit oder nötiger Intelligenz der Lage dazu, die Verantwortung zu übernehmen, um das Schicksal der Nation an die Wand zu malen. Es handelt sich nicht um eine Schuldenwirtschaft des Reiches, sondern nur um einen vorübergehenden Anleihenmarkt. Der Minister erklärte, daß es unter diesen Umständen kein Verbleiben war, den außerordentlichen Haushalt möglichst klein zu halten. Das sei notwendig. Außerdem habe er gesetzliche Maßnahmen vorgeschlagen, um in Zukunft zu verhindern, daß über den außerordentlichen Haushalt hinaus Ausgaben ohne tatsächliche Deckung vorgenommen würden.

Der Minister ging dann zum ordentlichen Haushalt über, der mehr als jeder vorhergehende im Zeichen der Reparationslast stehe.

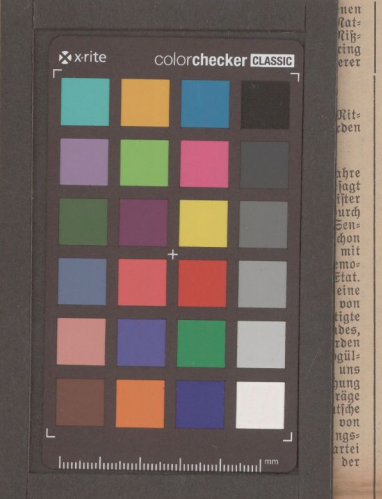
Angesichts der Pariser Verhandlungen könne er auf die Reparationsfrage nicht eingehen. Die Regierung werde sich den vollen Ernst einer freiwillig geleisteten Unterwerfung für die Zukunft des Volkes vor Augen halten, wenn es gelte, über das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz zu entscheiden. Der Minister betont die Notwendigkeit, das Gleichgewicht im Haushalt aufrechtzuerhalten. Ein Betrag von über 600 Millionen müßte bei der Aufstellung des Etats gebildet werden. Ein Defizit habe er unter allen Umständen vermeiden wollen.

Es blieben nur Streichungen, Kürzungen der Ueberweisungssteuern und Steuererhöhungen übrig. Steuererhöhungen könnten dabei aber nur als letztes Mittel in Betracht kommen. Es müßte daher in erster Linie der Weg der Sparsamkeit beschritten werden. Die Regierung, so erklärte der Minister, sei grundsätzlich bereit, weitere Streichungen zu unterstützen. Zunächst ist für die Streichungen ein geringeres Spielraum vorhanden, als in der Defizitlosigkeit angenommen wurde. Der Minister befragt dann die Debattebegleiter.

Die Kürzung der Steuerbeweisungen der Länder und Gemeinden ist angesichts des Jammers der Reparationslasten gerechtfertigt. Sie sei auch erträglich, weil den Ländern und Gemeinden eine Gesamtsumme bleibe, die die Sollüberweisungen von 1928 nicht übersteige. Trotz dieser Kürzung und der Höherhebung der Steuererträge seien Steuererhöhungen von insgesamt 870 Millionen erforderlich. Das Gleichgewicht solle auf die Abstoßsteuer gelegt werden, weil das deutsche Steuerwesen in diesem Punkte einen Mangel aufweise. England beispielsweise erhebe von Branntwein das Vierfache, was hier sogar das Fünftel der deutschen Steuer. Der Minister betont, daß er die gegen die Steuererhöhungen geltend gemachten Gründe nicht verkenne. Es komme aber vor allem darauf an, sich nicht den Weg für eine künftige Steuerentlastung zu verbauen. Das würde geschehen, wenn man jetzt den Ausgleich durch Scheinbare Streichungen oder sonstige angünstigende Deckungsmittel finden wollte.

Diese künftige Reform müsse vor allem auf die Befreiung der Zuckerversteuer und die Milderung der direkten Steuern gerichtet sein.

Der Minister erinnerte an die von den Ländern geltend gemachten Ansprüche gegen das Reich. Wenn es zu einer Entschädigung des Staatsgerichtshofes komme, so würden wahrscheinlich weitgehende Eingriffe in den Haushalt des Reichs und Ländern die Folge sein. Deshalb halte es die Reichsregierung für richtig, den Versuch zu machen, diese Frage im Wege des Ausgleichs mit den Ländern zu lösen. Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß die verpöbelte Einbringung des Etats eine Folge der innerpolitischen Verhältnisse sei. Die Erwartung, daß es geschehen würde, eine feste Regierung damit zu schaffen, habe sich nicht erfüllt.



...nicht nur formell und zeitlich, sondern auch politisch eine Bankrottserklärung des gegenwärtigen Reichshausplans. Die Abstoßbarkeit der Regierung habe einen Grad erreicht, der kaum noch überboten werden könne. Der Redner äußerte sich dann zu den einzelnen Vorlagen und wandte sich gegen die Kürzung der Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden, weil darin nur ein völlig unzureichender und überleiteter Versuch zur Lösung des Finanzengpasses zu Gunsten des Reiches zu erkennen liege. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen würden von keiner Partei allgemein rühmend abgelehnt. Die Gesamtsteuerlast in Deutschland sei nicht mehr heutzutage möglich. Die Entziehung von Finanzmitteln lehnte der Redner für die Reichsregierung ab. In den letzten Jahren bis zu 38 Prozent des Volkseinkommens betragen. (Hört! Hört! regis). Der Redner forderte energische Ausgabenentlastung. Die größte Aufgabe, die die Deutschnationale Volkspartei nun zu vollbringen haben werde, bestehe darin, daß sie einmal befreit sein werde, singelst zu werden, wenn es sich um die Erlangung eines neuen Friedens im Sinne der Befreiung von diesen Lasten handele.

### Antrag zum Vortragsbegehren

Dem Wohnungsausweis des Reichstages wurde am Donnerstag ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Wirtschaftspartei zum Vortragsbegehren vorgelegt. Danach soll dieses Gesetz dahin geändert werden, daß der Reichsminister ermächtigt wird, vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1932 für Darlehen an die Bau- und Bodenbau-Bürgschaften insoweit zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag der jeweils bestehenden Bürgschaftsverpflichtungen den Gegenwert von 250 Millionen nicht übersteigt.

## 10. Januar Räumung der zweiten Zone.

Erklärungen Chamberlains im Unterhaus.  
London, 14. März.

Der englische Außenminister erklärte im englischen Unterhaus auf eine Anfrage, daß in Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag die Räumung der zweiten Zone in Rheinland am 10. Januar 1930 erfolgen würde. Voraussetzung sei allerdings, daß Deutschland keine Verpflichtungen erhalte, doch sei nach den bisherigen Erfahrungen daran nicht zu zweifeln.

Die Erklärung Chamberlains lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf die Räumungsfrage, deren Vereinigung bekanntlich nach dem berühmten Genfer Communiqué vom September „bedinglich“ stattfinden sollte. Inzwischen ist es aber sehr still darum geworden, und langsam und sicher kommt die Weltöffentlichkeit für das Koblenzer Gebiet ganz von selbst heran.

## Die Kulturschande farbiger Befehlung.

Neue Rohheitsakte im Rheinland.  
Nach einer Meldung aus Trier wurde wieder in den Umkleekabinen ein junger Mann, der eine Dame nach Hause begleitete, von zwei marokkanischen Besatzungssoldaten mit dem Seitengewehr bedroht. Nur schnelle Flucht konnte die jungen Leute aus der Gewalt der farbigen Unholde befreien.

Weiter wurden in der Gegend von Stieringen zwei polnische Bergleute von sechs Algeriern überfallen und beraubt. Drei der Räuber konnten bereits festgenommen werden.

In Meck wurde eine 68 Jahre alte Witwe von dem ritterlichen Burgherrn des bei ihr wohnenden Offiziers ermordet und grauam verstimmt.

## Das Soldatensterben im Rheinland.

Bericht der Untersuchungskommission.  
Paris, 14. März.

Die Pariser Kammer befaßte sich mit einem Bericht der Untersuchungskommission über das Massensterben innerhalb der französischen Besetzung im Rheinland. Dabei wurde festgestellt, daß seit der großen Kälte 273 Todesfälle durch Grippe verzeichnet worden sind.

Derner wird über skandalöse Zustände in der Verpflegung der Kranken und über die fast unglückliche Ermordung durch verschiedene französischer Soldaten berichtet. Gegen verschiedene Militärbeamte wurden Strafverfahren eingeleitet. Man glaubt, daß der Untersuchungskommission noch manche skandalösen Zustände verheimlicht worden sind. Es hat sich ein Komitee der Eltern gebildet, deren Söhne der französischen Besatzungsarmee angehören, um gegen die Regierung vorzugehen.

## Der Eideschwur abgelehnt.

Nur der wissenschaftliche Meined und die wissenschaftliche Versicherung werden mit Zustimmung bekräftigt.  
Berlin, 14. März.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm den Bericht der Wissenschaftlichen Ausschüsse an, nach denen mehr als 1000 Eideschwüre abgelehnt wurden. Die Annahme der verschiedenen Anträge erfolgte mit wechselnden Mehrheiten.

Aber die Anträge führten der Berichterstatter Eminger vor der Beschlußfassung aus, daß die Frage des Parteieides oder der eidesähnlichen Vereinerung der Parteien im Zivilprozeß erst bei dem Einführungsgesetz entschieden werde. Die einzelnen Anträge bestimmen in der Hauptsache folgendes: Im Strafprozeß kann das Gericht nur die Beeidigung des Zeugen beschließen, aber nur, wenn es der Aussage ausschlaggebende Bedeutung für die Urteilsfindung beizumessen und wenn es der Auffassung ist, daß bei Würdigung der Eidesleistung die Beeidigung als angemessenes Mittel der Wahrheitsforschung nicht entbehrt werden kann. Für die anderen Fälle, wo bisher beidigt wurde, ist die nichteidesähnliche Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben vorzuziehen. Aber auch diese ist gegenüber der bisherigen Eidesabnahme wesentlich eingeschränkt. Die Vereidigung hat nicht nur zu unterbleiben bei Leuten unter 16 Jahren oder wegen Verstandeschwäche oder mangelhafter Bestandteile bei Personen, die als Täter, Teilnehmer, Beihilfer oder Helfer verurteilt sind, sondern auch, wenn das Gericht und Beidigte darauf verzichten.

Die Vereidigung hat auch zu unterbleiben, wenn die Aussage nach der Ueberzeugung aller Mitglieder des Gerichts unrichtig ist. Die Vereidigung kann unterbleiben in einem Strafverfahren, das ausschließlich eine Uebereidung betrifft, oder in einem anderen Verfahren, wenn die Aussage nach der Ueberzeugung aller Mitglieder des Gerichts offenbar ungläubwürdig ist. Abstrafbarkeit und dolus eventualis hat nach den Beschläßen des Ausschusses abgelehnt. Die Mindeststrafe für vorwiegend falsche Vereidigung ist drei Monate Gefängnis vorbehaltlich besonderer Milderungsgründe des allgemeinen Rechts, die Höchststrafe in besonders schweren Fällen Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren. Ist die Aussage nur in einem bedeutungslosen Punkte unrichtig oder unvollständig, so kann das Gericht die Strafe nach Treuen und Glauben mildern oder von Strafe absehen. Soweit eine Aussage beidigt wird, ist sie wörtlich in das Protokoll aufzunehmen.

Die Strafe für wissenschaftlichen Meined ist Zuchthaus bis zu fünf Jahren, in besonders schweren Fällen Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

## Demokratische Einladung an Stresemann.

Zum Uebertritt in die demokratische Partei.  
Berlin, 14. März.

Eine Berliner Zeitung brachte (oben einen Artikel unter der Ueberschrift „Macht Wlad für Stresemann“), der dem Blatt von führender demokratischer Seite zugegangen ist und der allgemeinen Aufheben erregte. Zu dem Artikel wird im Verlauf längerer Betrachtungen ausgeführt, daß Dr. Stresemann von seinen Worten in der Deutschen Volkspartei im Stich gelassen worden sei. Dr. Scholz und Stempel seien in der Partei für die Partei für die Partei, und darum müßte Stresemann die Konsequenz ziehen: „Aber wohl, Deutsche Volkspartei!“

Der Inhalt des Artikels lautet wörtlich: „Eine Tat tut nur, Herr Stresemann! Sie dürfen sich nicht zur förmlichen Figur in Ihrer Partei machen lassen. Klopfen Sie jetzt nicht ein zweites Mal an die Tür, vor der Sie 1919 standen. Diesmal wird Sie Ihnen aufstehen werden!“